

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 7. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 19. Januar 2005
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.15 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Dr. Ivo Corvini, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Roman Meury
Bea Fuchs
Paul Schüpbach
Arnold Julier
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste:
Entschuldigt: Claudia Piatti
Nicolas Meier
Kurt Kneier
Jürg Gass

Abwesend:

Bereinigte Traktandenliste

1. Berichte des Gemeinderates vom 20.10.2004
und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 22.11.2004
betreffend Kenntnisnahme von der Finanzplanung
der Einwohnerkasse über die Jahre 2006 - 2010 Geschäft 3532/A
2. Bericht des Gemeinderates vom 01.12.2004 betreffend
Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2005-2010 Geschäft 3533

3. Bericht des Gemeinderates und der Wirkungsprüfungskommission vom 19.11.2004 betreffend Neuzuteilung der Aufgaben der bisherigen Wirkungsprüfungskommission (Postulat 3452 v. 19.11.2003) Geschäft 3452 A
4. Bericht des Gemeinderates vom 17.03.2004 und der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente vom 28.10.2004 betreffend Teilrevision des Friedhofs- und Bestattungsreglements
2. Lesung Geschäft 3496/A/B
5. Bericht des Gemeinderates vom 09.06.2004 und der Kommission für Verkehrs- und Raumplanung vom 29.11.2004 betreffend Revision Zonenreglement und Zonenplan "Dorfkern"
1. Lesung Geschäft 2145 A/B
6. Bericht des Gemeinderates vom 27.10.2004 betreffend Räumlichkeiten für Vereinsarbeiten (Postulat von Peter Humbel/J.J. Winter, SP-EVP-Fraktion, vom 19.11.2003) Geschäft 3483 A
7. Motion von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, vom 16.12.2004 betreffend International School in Allschwil Geschäft 3585
8. Interpellation von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, vom 15.09.2004 betreffend Wasserbecken im Friedhofareal Geschäft 3550
9. Interpellation von Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, vom 15.09.2004 betreffend Wasserqualität im Mühlebach Geschäft 3553
10. Interpellation von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, vom 15.09.2004 betreffend Hochwasserschutz Dorf Geschäft 3554
11. Interpellation von Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, vom 15.09.2004 betreffend Hochwasserschutz im Mühliäli Geschäft 3552

Nach der Pause:
- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Der Protokollführer

Andreas Weis

Einwohnerratsprotokoll Nr. 7 vom 19.01.2005

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Dr. Ivo Corvini

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Der Einwohnerratspräsident **Dr. Ivo Corvini** begrüsst alle Anwesenden. Der Präsident geht auf das Seebeben vom 26. Dezember 2004 ein. Dieses habe die ganze Welt erschüttert. Im Gedenken an die Opfer der Katastrophe bittet er die Anwesenden, sich zu erheben. Er schildert kurz, dass es verschiedene Reaktionen von Einwohnerräten gegeben habe, zu einer Spendenaktion innerhalb des Einwohnerrates aufzurufen. Das Büro des Einwohnerrates habe entschieden, dass die Mitglieder entweder direkt eine Barspende leisten oder sich in eine bereitliegende Liste eintragen können, um so ihr Sitzungsgeld der heutigen Sitzung zu spenden.

Traktandenliste

Dr. Ivo Corvini gibt bekannt, dass mittlerweile den Einwohnerräten zum Geschäft 3496 der Zusatzbericht der Reglementscommission mit der Geschäftsnummer 3496B vorliegt.

Neue parlamentarische Vorstösse

01.030

Einwohnerrat

Dringliche Motion von Peter von Arx, "Befreiung von der AHV-Pflicht für geringe Entgelte aus Nebenerwerb, Dringlichkeit"

Es liegt eine "Dringende Motion" von Peter von Arx, SVP-Fraktion, betreffend "Befreiung von der AHV-Pflicht für geringe Entgelte aus Nebenerwerb" vor. Zunächst wird über die Dringlichkeit beraten.

Peter von Arx, SVP-Fraktion, begründet die Dringlichkeit damit, dass es einen geringeren administrativen Aufwand bedeute, wenn die Motion noch vor dem Jahresabschluss 2004 zum Tragen käme.

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen, lehnt namens des Gemeinderates die Dringlichkeit ab. Rückwirkend könnten die AHV-Abrechnungen nicht mehr korrigiert werden, da praktisch zeitgleich mit der Motion die Schlussabrechnung der AHV eingetroffen sei und daher nicht mehr geändert werden könne. Eine Änderung der Abrechnung sei damit erst für das Jahr 2005 möglich.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, sieht das einzig Dringliche in dieser Sache darin, dass der Motionär sich davon einen ersten politischen Erfolg verspreche. Inhaltlich ist er der Meinung, dass es falsch sei, einen Generationenvertrag wie die AHV in Frage zu stellen. Man solle nicht am Einkommen der älteren Generation kratzen. Die Partei des Motionärs kämpfe doch sonst mit allen Mitteln um die Erhaltung der AHV, z. Bsp. mittels der eidgenössischen Goldreserven. Die Gemeinde könne vielleicht etwas Geld sparen. Aber letztlich würden alle, die Gemeindemitarbeiter und damit auch die Allgemeinheit von Allschwil, von den Leistungen der Angestellten in die AHV profitieren. Die Pensionärinnen und Pensionäre befänden sich im

"Ruhekonsumstand" und hätten die AHV-Gelder wirklich verdient. Daher müsse die Motion abgelehnt werden.

Josua Studer, SVP-Fraktion, erwidert, dass der Inhalt der Motion nicht die Idee des Motionärs gewesen sei. Die ganze Fraktion habe via Wahlbüro davon erfahren, dass es Formulare gebe, mit welchen man die Befreiung der Nebentgelte bis CHF 2'000.-- beantragen könne. Man könne dies, gemäss Aussage der AHV-Kasse, sogar rückwirkend für die letzten 5 Jahre einfordern. Ebenso werde dies auch bei der Feuerwehr bereits seit Jahren so gehandhabt. Peter von Arx habe die Motion nur deshalb eingereicht, weil er das Geschäft im Einwohnerrat vertreten solle.

Für die Dringlichkeit wird gemäss § 43 Geschäftsreglement des Einwohnerrates ein 2/3-Mehr verlangt.

://:

Die Dringlichkeit der Motion wird mit deutlichem Mehr abgelehnt.

01.030 Einwohnerrat

Diverses

Persönliche Erklärung

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, nimmt nochmals Bezug auf die Spendenaktion. Er erklärt, dass es nicht seine Absicht gewesen sei, eine Kasse für Barspenden aufzustellen. Er habe anfangs dieses Jahres den Mitgliedern des Einwohnerrates eine elektronische Mitteilung geschickt, und angefragt, ob die Mitglieder bereit wären, auf das erste Sitzungsgeld zu verzichten. Der Gedanke sei gewesen, dass die Einwohnerrätinnen und -räte einen Verzicht zugunsten der Flutopfer leisten würden. Damit könne der Einwohnerrat Allschwil einen eigenen Beitrag in Höhe von ca. CHF 3000.-- leisten. Er habe nicht erwartet, dass sich die ganze Aktion so bürokratisch und kompliziert entwickle. Ausserdem sei es darum gegangen, schnell und unbürokratisch zu handeln. Bis zum nationalen Sammeltag am 05. Januar 2005 seien immerhin 30 Mitglieder des Einwohnerrates zu einer Spende bereit gewesen. Durch das formelle Vorgehen sei nach seiner Ansicht etwas von der Freiwilligkeit und der Spontaneität verloren gegangen. Dies bedauere er sehr. Er ermuntert die übrigen Einwohnerrätinnen und -räte ihr Sitzungsgeld zu spenden und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, ein anderes Mal weniger kompliziert und unformeller handeln zu können.

Dr. Ivo Corvini, Präsident, dankt Hanspeter Frey für seinen grossen Einsatz.

54 01.040 Gemeinderat
 01.032.002 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission
 07.011 Finanzplan/Jahreskontoblätter

1. Berichte des Gemeinderates vom 20.10.2004 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 22.11.2004 betreffend Kenntnisnahme von der Finanzplanung der Einwohnerkasse über die Jahre 2006 - 2010 Geschäft 3532/A

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen, erklärt, dass der Gemeinderat bei der Beratung Finanzplan 2006 - 2010 ebenso wie bei der Beratung des Budgets 2005 daran gegangen sei, eine eigentliche Finanzstrategie zu erarbeiten. Man habe sich über die eigenen Planungsziele Klarheit verschaffen wollen. Diese Planungsziele zeigt die Departementschefin anhand von Folien auf (beiliegend/nachfolgend).

Sie bemerkt dazu:

Die Bildung von Eigenkapital sei wichtig, um auch langfristig den Steuerfuss nicht anheben zu müssen. Ausserdem könne dies die Kreditwürdigkeit gegenüber den Banken verbessern und damit die Zinsen für Darlehen senken. Ausserdem könnten die Investitionen mit weniger Fremdkapital finanziert werden, was wiederum zu einer geringeren Zinsenlast führe.

Gemäss kantonaler Empfehlung solle das Eigenkapital 25% der Ausgaben betragen. Davon sei die Gemeinde Allschwil jedoch noch weit entfernt. Der Durchschnitt der Baselbieter Gemeinden betrage 15%. Auch davon sei die Gemeinde Allschwil noch weit entfernt. Neben den Planungszielen seien auch die eigentliche Finanzbasis sowie die äusseren und inneren Einflüsse wichtig (gemäss nachfolgender Folien).

Planungs-Basis

- **Voranschlag 2005**
- **Steuersatz 58% für Natürliche Personen**
- **Stabile Einwohnerzahl**
- **Allgemeine Teuerung 1 – 2%**
- **Sachaufwand-Plafond CHF 8,3 Mio.**

Berücksichtigt seien folgende Faktoren bei der Finanzplanung:

Finanzplan 2006 – 2010 Aussen- und Inneneinflüsse

- **Höhere Unterhaltszahlung für Sekundarschulbauten**
- **Einfluss Miete, Unterhalt und Finanzausgleichsbelastung ehemalige Realschulhäuser**

Finanzplan 2006 – 2010 Aussen- und Inneneinflüsse

- **Ertrags- und Sparmassnahmen**
- **Auswirkungen Erweiterung Alterszentrum ab Jahr 2007**
- **Baurechtszinsen Wegmatten II ab 2007**
- **Buchgewinn Grundstückverkauf 2007**
- **Steuern / verbesserte Wirtschaftslage und stabile Einwohnerzahl**

Nicht berücksichtigt seien folgende Faktoren:

Finanzplan 2006 – 2010 **Aussen- und Inneneinflüsse**

- **Nicht berücksichtigt:**
 - Höherer Personalaufwand durch die Einführung von Blockzeiten in den Kindergärten
 - Mögliche Auswirkungen der Generellen Aufgabenprüfung (GAP) durch den Kanton

Die vorgenannten Faktoren habe man deshalb nicht bei der Finanzplanung berücksichtigt, da die Auswirkungen überhaupt nicht abzuschätzen seien.

Aber auch nach Berücksichtigung aller Faktoren müsse man sich bewusst sein, dass der Finanzplan immer nur eine Momentaufnahme darstellen könne. Die finanziellen Grundlagen könnten sehr schnell ändern. Man müsse bedenken, dass ein solcher Finanzplan immer ein Instrument zur langfristigen Planung darstelle. Kurzfristige Änderung würden eine ständige Überarbeitung des Finanzplanes erfordern. Daher werde der Gemeinderat diesen Plan im Frühjahr nochmals überarbeiten, die Erkenntnisse aus der Jahresrechnung '04 verarbeiten und dem Rat den überarbeiteten Finanzplan mit der Rechnung 2004 nochmals vorlegen. Dies sei auch im Sinne der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (FiReKo). Der Gemeinderat strebe zum Ende der Planungsperiode an, dass die Fremdverschuldung einen Jahresumsatz nicht übersteigt. Dieses Ziel sei mit dem vorliegenden Plan erreicht.

Die konkrete Planung sehe vor, dass die Planung der nächsten Jahre zum Ziel habe, dass der Finanzhaushalt und die laufende Rechnung ausgeglichen gestaltet werden könnten. Zur Zeit weise das Ergebnis der laufenden Rechnung noch ein Negativsaldo auf, bereits ab 2006 erwarte man aber positive Abschlüsse.

Die Investitionsrechnung zeige auf, dass schwergewichtig in den Jahren 2006 und 2007 Investitionen getätigt werden sollen. Anschliessend flache die Investitionstätigkeit ab. Es sei in den nächsten Jahren sehr wichtig, die geplanten Investitionen zu tätigen. Das Fremdkapital steige über den Planungszeitraum an, werde aber am Ende der Planungsperiode wieder sinken und letztlich, im Jahr 2010 CHF 67.5 Mio. betragen. Der Jahresumsatz werde im Jahr 2010 CHF 72.2 Mio. betragen. Das Ziel einer Plafonierung des Fremdkapitals werde damit also erreicht. Die FiReKo habe den Anstieg des Fremdkapitals während der Planungsperiode kritisiert. Das Feuerwehrmagazin und die Sanierung des Bettenackerschulhauses könne man auf zwei Jahre verteilen, damit würde die Entwicklung des Fremdkapitals etwas flacher verlaufen. In diesem Fall würde das Fremdkapital am Ende der Planperiode bei CHF 66.3 Mio liegen. Eine wesentliche Änderung würde dies jedenfalls nicht bedeuten.

Ein weiterer Hinweis der FiReKo, die detaillierte Darstellung der Spezialfinanzierung, sei ebenfalls geprüft worden. Aber auch das Fremdkapital ohne Spezialfinanzierung steige in der Planperiode zunächst an und belaufe sich am Ende auf rund 65 Mio. Fr.

Der Anstieg des Eigenkapitals auf CHF 6 Mio. könne mit dieser Planung ebenfalls erreicht werden.

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen, bittet den Einwohnerrat nach diesen Ausführungen um Kenntnisnahme des Finanzplanes.

Verena Meschberger, Präsidentin der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, nimmt Stellung zum Finanzplan:

Einerseits sei es schade, dass man den Finanzplan nicht mehr gemeinsam mit dem Budget im Dezember letzten Jahres habe beraten können. Andererseits könne die heutige Beratung aber auch von Vorteil sein, da man heute den Finanzplan gemeinsam mit dem Strategiepapier beraten könne.

Der Finanzplan als solcher wecke in ihr ebenfalls zwiespältige Gefühle. Die Behandlung der zwei Hauptkritikpunkte der FiReKO, Fremdkapitalentwicklung und Spezialfinanzierung, habe die Departementschefin Nicole Nüssli-Kaiser zur Aussage bewegt, dass 2 Mio. mehr oder weniger nicht so ins Gewicht fallen würden. Positiv sei aber, dass der Finanzplan unter den aufgeführten Voraussetzungen eigentlich gesund sei.

Die FiReKo habe den Finanzplan noch nie so ausführlich diskutiert. In zwei Punkten sei die FiReKo auch nicht einverstanden, dennoch wäre es sehr unproduktiv, die Rückweisung des Finanzplanes zu beantragen. Die eingehende Diskussion im Parlament werde dem Gemeinderat die besseren Voraussetzungen für die weiteren Planungen geben, als eine Rückweisung.

Der Bericht der FiReKo weise eine detaillierte Stellungnahme auf. Letztlich sei man zum Schluss gekommen, dass der Finanzhaushalt der Gemeinde gesund sei. Dies aber nur unter der Bedingung der Beibehaltung der Sparmassnahmen und des Steuerfusses. Das Strategieziel müsse eine Verminderung der Schuldenlast sein. Gemäss Plan werde nach dem Ablauf der Planungsperiode das Fremdkapital tatsächlich um CHF 5 oder 6 Mio. abgenommen haben. Sie persönlich empfinde diese Betrachtung am Ende der Planperiode aber ein bisschen als "Irreführung des Parlaments". Immerhin habe man zunächst das Eigenkapital um mehr als den Abbau erhöht, um am Schluss trotzdem noch einen Fremdkapitalüberschuss von CHF 2 bis 3 Mio. zu haben. Diese Darstellung sei verwirrend. Die FiReKo verlange schon seit Jahren, die Fremdverschuldung pro Kopf herabzusetzen. Das Postulat von Robert Richner, FDP-Fraktion, anlässlich der Budgetdebatte, habe ebenfalls die Schuldenbremse zum Inhalt gehabt. Eine Zusammenarbeit zwischen dem Gemeinderat und der FiReKo könne damit effizienter sein, ähnlich dem Vorgehen wie bei der Neuverteilung der WiKo-Aufgaben. So könnten auch gemeinsame, akzeptable und machbare Lösungen gefunden werden.

Weiter habe die FiReKo in ihrem Bericht nur kurz zur Aussage des Gemeinderates festgehalten (Zitat): "Nur, wenn Eigenkapital gebildet werden kann, ist ein Schuldenabbau möglich". Diese Bemerkung sei nicht unbedingt nachvollziehbar. Sie warne davor, das Eigenkapital zur Finanzierung von Investitionen zu nutzen. Damit baue man ja das Eigenkapital gerade wieder ab. Diesen Fehler habe man in den achtziger Jahren schon einmal gemacht. Darum sei man heute auf einem solch niedrigen Stand des Eigenkapitals. Eigenkapital und Fremdkapital sei halt immer miteinander verknüpft. Dies dürfe nicht dazu führen, das "Tafelsilber zu verscherbeln" (zitiert A. Horisberger).

Ein weiteres Zitat zu diesem Thema von Robert Richner möchte sie anbringen: "Es gibt einen grossen Unterschied zwischen der Bildung von Eigenkapital und dem Abbau der Verschuldung. Eigenkapital wird aus den Überschüssen der laufenden Rechnung gebildet. Der Schuldenabbau, resp. der Schuldenaufbau, beruht auf der Differenz zwischen den benötigten finanziellen Mitteln zum Erreichen der Ziele und den vorhandenen finanziellen Mitteln - technisches Fachwort: Selbstfinanzierungsgrad." Wenn der Selbstfinanzierungsgrad über 100% ist, dann könne die Gemeinde mit den Mitteln aus der laufenden Rechnung die Investitionen tätigen, ohne das Eigenkapital anzugreifen. Sofern der Selbstfinanzierungsgrad unter 100% liege, müsse für die Investitionen Fremdkapital aufgenommen oder das Eigenkapital verwendet werden. Der Aufbau oder Abbau von Schulden sei also direkt mit der Investitionstätigkeit verknüpft. Die laufende Rechnung werde mit mehr oder weniger Zinsen belastet, je nachdem wieviel Fremdkapital finanziert werden müsse oder wieviel Eigenkapital zinstragend angelegt

werden könne. In diesem Zusammenhang lobt sie den Hauptabteilungsleiter Kurt Hürzeler für die gute Bewirtschaftung der Gelder.

Der Schuldenauf- und abbau sei auch ein Grund dafür, weshalb die FiReKo nicht damit einverstanden sei, wie der Gemeinderat die Investitionen in den ersten zwei Jahren der Planungsperiode zunächst anhäufen möchte und in den letzten 2 bis 3 Jahren praktisch keine Investitionen mehr tätigen wolle. Die FiReKo ist der Meinung, dass eine solch schwankende Investitionstätigkeit nicht optimal sei. Dies auch mit Blick auf die Arbeitssituation in der Gemeinde. Es brauche ein kluges Ausdiskutieren und Abwägen der einzelnen Faktoren, um zu brauchbaren Lösungen zu kommen.

Es sei tatsächlich so, dass der Finanzplan nur eine Momentaufnahme darstelle. Aber eine Anpassung des Finanzplans solle sich nach Möglichkeit auf die Berücksichtigung äusserer Faktoren beschränken und ansonsten auch vom Einwohnerrat unterstützt werden. In diesem Zusammenhang bittet sie den Einwohnerrat, den beiden Anträgen der FiReKo zuzustimmen, nämlich, dass a) der Finanzplan unter Vorbehalt der Anregungen der FiReKo zur Kenntnis genommen werde und b) dass der Finanzplan eine regelmässige Verteilung der Investitionen auf fünf Planjahre vorsehe. Die Veräusserung von Grundstücken solle ausschliesslich zur Tilgung von Schulden verwendet werden und nicht zur Abdeckung laufender Ausgaben. Weiter solle die Abgrenzung der Spezialfinanzierungen nicht nur beim Eigenkapital sondern auch beim Fremdkapital vorgenommen werden. Die Finanzvorsteherin habe diese Anregungen allerdings in ihren Ausführungen bereits aufgenommen.

EINTRETEN

Robert Richner, FDP-Fraktion, erklärt Eintreten namens seiner Fraktion. Gleichzeitig hält er fest, dass die Verschuldung besonders beachtet werden müsse. Die Ursache sei vor allem die hohe Investitionstätigkeit. Allschwil verfüge aber nicht über entsprechend grosse liquide Mittel. Der Investitionsplan sei daher auch entsprechend den Ausführungen von Nicole Nüssli-Kaiser anzupassen. Der Schuldenabbau beginne gemäss Plan erst in einer späteren Phase, deren Entwicklung aber noch ungewiss sei. Aus diesem Grund sei die Verschuldung möglichst gering zu halten. Eine Mehrverschuldung von CHF 10 Mio. würde die Rechnung immerhin mit rund einer halben Million Franken Zinsen pro Jahr belasten. Innerhalb der Planperiode werde der angestrebte Verschuldungsgrad von einem Jahresumsatz überschritten und erst am Ende wieder gesenkt. Nicht vergessen dürfe man, dass aufgrund des Bruttoverbuchungsverfahrens die Schuldenhöhe auch noch einmal angestiegen sei.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, habe heute Abend zwei Sachen gelernt: Papier sei geduldig und über Geld reden oder schreiben, seien Momentaufnahmen. Ein knappes Dutzend Finanzpläne habe er in den letzten 17 Jahren im Einwohnerrat schon gesehen. Früher galt noch ein Vierjahreszyklus, später löste ein Plan den anderen ab, heute sei man bei einer rollenden Planung. Kaum habe man den Plan besprochen, komme schon der neue. Die Ausführungen von Nicole Nüssli-Kaiser und Verena Meschberger hätten gezeigt, wie dehnbar die Äusserungen sein können. Der Finanzplan 2006 - 2010 reisse niemanden aus seiner "Abwartehaltung". Der Gemeinderat berichte viel über die Bautätigkeit, mache Bevölkerungs- und Steuereinnahmeprognozen. Hinter die Aussage, es würden immer wieder kräftige Steuerzahler gesucht, stelle er ein Fragezeichen. Allgemein finde auch er es wichtig, dass investiert werde. Aber es brauche ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Investitionen in neue Sachen und denen in bestehende Werte. Das Strategiepapier formuliere, dass bestehende Infrastrukturen gut zu erhalten seien. Seit zehn Jahren warte man nun schon darauf, das bestehende Gebäude, wie zum Beispiel Schulhäuser und Kindergärten, saniert würden. Zu den Themen Steuersatz, Schuldenabbau und Eigenkapitalbildung stehe seine Fraktion voll hinter der Planung des Gemeinderates. Ihm erscheint der Finanzplan etwas mutlos. Im Bereich des Sachaufwandes erinnert er daran, die steigende Teuerung zu berücksichtigen. Dies werde einen weiteren Finanzbedarf auslösen. Eines fehle ihm im Plan

allerdings: der Naturschutz! Der Naturschutz sei auch eine Sache der Gemeinde und dürfe nicht gänzlich aus der Planung fallen.

Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, erklärt, dass seine Fraktion für Eintreten sei.

Stephan Brügger, CVP-Fraktion, erklärt ebenfalls Eintreten namens seiner Fraktion. Es gebe zwar immer noch vereinzelt dunkle Wolken am Finanzhimmel, aber es sei immerhin besser als in vergangenen Zeiten oder in anderen Gemeinden. Die laufende Rechnung sei in Ordnung. Die Investitionsrechnung könne aber nicht befriedigen, da die Schuldenzunahme auf 70 Mio. CHF zu gross sei. Das Fazit könne nur sein, dass man die Investitionen noch genauer planen müsse und weiterhin die Sparmassnahmen verfolge. Es sei aber nicht zu vergessen, dass der Finanzplan nur eine Momentaufnahme darstellen könne. Daher plädiere er dafür, den Finanzplan so zur Kenntnis zu nehmen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, hält fest, dass man rückblickend immer klüger sei. Wenn man die heute gemachten Verbesserungsvorschläge schon vor einigen Jahren gemacht hätte, würde sich die Finanzlage heute vielleicht besser darstellen. Die Investitionspolitik solle dahin gehen, dass man sinnvoll und massvoll investiere. Er stellt fest, dass man sehr fragwürdige Investitionen im Finanzplan finde. Ohne die würde man finanziell besser dastehen. Zum Votum von Verena Meschberger findet er, dass sie sich in Bezug auf die Investitionspolitik mehr als Freisinnige gebe und nicht als SP-Politikerin. Die Stärkung der Wirtschaft würde aber nicht verdankt. Vielmehr würde die Wirtschaft in Billiglohnländern produzieren, billige Arbeitskräfte aus dem Ausland einschleusen und die heimischen Arbeitskräfte entlassen. Nach seiner Ansicht müsse das Budget einer Gemeinde volkswirtschaftlich und nicht privatwirtschaftlich ausgerichtet sein. Bei einer Streichung gewisser Investitionen könne eine Steuersenkung eventuell schon vor dem angepeilten Termin von 2010 erfolgen. Diese Attraktivitätssteigerung würde eher einkommensstarke Familien anlocken als ein Begegnungszentrum, welches eher für soziale Randgruppen ein Argument zur Wohnsitznahme in der Gemeinde Allschwil sei. In diesem Sinn warnt er vor einer Investitionspolitik, bei welcher sich die Gemeinde "ins eigene Fleisch schneiden" könne.

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen, stellt richtig, dass es Absicht des Gemeinderates sei, den Steuerfuss bis zum Jahr 2010 stabil auf dem jetzigen Stand zu belassen. Eine Steuersenkung oder Steuererhöhung solle erst nach dem Jahr 2010 diskutiert werden.

DETAILBERATUNG

Robert Richner, FDP-Fraktion, möchte zu den vorgehenden Voten folgendes bemerken. Es sei vielfach kritisiert worden, dass der Finanzplan ein "Papiertiger" sei. Aber es sei zu bedenken, dass der Finanzplan ein wirksames Instrument sein könne, die Zukunft Allschwils zu gestalten.

Keine weiteren Wortmeldungen

Dr. Ivo Corvini, Präsident, schlägt vor, über alle Anträge gesamthaft abzustimmen und fragt das Plenum, ob es einverstanden sei.

Verena Meschberger, Präsidentin FiReKo, möchte dem Plenum beliebt machen, über die Anträge einzeln abzustimmen. Es gehe um die Anträge der FiReKo, welche eine unterschiedliche Gewichtung besäßen, wie zum Beispiel der Antrag auf getrennte Darstellung der Spezialfinanzierungen und der Antrag auf Anpassung des Investitionsplanes.

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen, erklärt, dass der Gemeinderat über das Vorgehen von Verena Meschberger nun doch etwas enttäuscht sei. Sie stelle sich grundsätzlich die Frage, ob der Einwohnerrat den Finanzplan "unter Vorbehalt" zur Kenntnis nehmen könne. Innerhalb der Kenntnisnahme könnten dem Gemeinderat keine weiteren Aufgaben erteilt werden. Ausserdem habe sie klar mitgeteilt, dass sich der Gemeinderat

Gedanken im Rahmen der rollenden Finanzplanung über die Anregungen und Wünsche der FiReKo machen werde. Der Gemeinderat sei ja bereit, die Anregungen der FiReKo aufzunehmen und dem Plenum den Finanzplan zusammen mit der Rechnung 2004 nochmals vorzulegen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, bittet das Büro, zunächst über den Antrag 2 betreffend der Vorbehalte abstimmen zu lassen und erst dann über den Antrag 1 betreffend Kenntnisnahme.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, möchte der FiReKo beliebt machen, sich über die Aufrechterhaltung des Antrags 2 zu beraten. Der Gemeinderat habe ja signalisiert, dass er die Anregungen in seine Überlegungen aufnehmen werde. Dann könne eine klare gesamthafte Kenntnisnahme erfolgen.

Verena Meschberger, Präsidentin FiReKo, bedankt sich für den guten Vorschlag. Sie fragt den Gemeinderat, nachdem dieser ja bereits die Vorschläge einer detaillierten Darstellung der Spezialfinanzierungen und einer anderen Verteilung der Investitionen auf die Planungsperiode in die Überlegungen einfließen lassen möchte, ob er sich auch dazu bereit erkläre, die Erträge aus Grundstücksverkäufen grundsätzlich zur Schuldentilgung zu verwenden und nicht für die laufende Rechnung.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, warnt davor, zuviel reglementieren zu wollen. Immerhin habe der Gemeinderat mit Verena Meschberger die Anträge schon vorbesprochen. Nun noch weitere Auflagen zu verlangen sei nicht sehr konstruktiv. Eine regelmässige Verteilung der Investitionen auf mehrere Planungsjahre hinaus zu verlangen sei schwierig. Es gebe nun mal mehr und weniger grosse Projekte. Dies könne man nicht verteilen. Betreffend der Kritik an den Grundstücksgeschäften sei die Situation ebenfalls nicht klar. Seien hier der Verkauf von Grundstücken oder auch die Abgabe im Baurecht gemeint? Jedenfalls würde der Gemeinderat es begrüßen, wenn die FiReKo die Anträge zurückziehe, dies verbunden mit dem Versprechen des Gemeinderates, die Änderungsvorschläge der FiReKo aufzunehmen.

TIME-OUT 10 min.

Verena Meschberger, Präsidentin FiReKo, teilt mit, dass die FiReKo ihre Änderungsanträge zurückziehe. Das Parlament habe sich zum Finanzplan eingehend geäußert, dies sei seitens der FiReKo erwünscht gewesen. Im Übrigen dankt sie Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident und Nicole Nüssli-Kaiser, Departementschefin Finanzen, für das konstruktive Dreier-Gespräch mit ihr betreffend der Vorschläge der FiReKo. Damit habe man ein Zeichen guter Zusammenarbeit für die Zukunft gesetzt. Mit dem Rückzug bleibe also nur noch der Antrag 1, Kenntnisnahme, aufrecht erhalten.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, ist der Ansicht, dass nur ein Rückweisungsantrag die gewünschten Änderungen bewirken könne. Der Finanzplan liege in der Kompetenz der Exekutive, auch er sei schon mit Änderungsanträgen im Parlament gescheitert. Hier und heute könne es nur um die Rückweisung oder die Kenntnisnahme gehen.

Verena Meschberger, FiReKo-Präsidentin, verteidigt ihre Strategie damit, dass mit einem blossen Rückweisungsantrag eine Diskussion im Parlament nicht möglich gewesen wäre.

://:

Der Finanzplan 2006 - 2010 wird mit grossem Mehr zur Kenntnis genommen.

**2. Bericht des Gemeinderates vom 01.12.2004 betreffend
Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2005-2010
Geschäft 3533**

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, stellt das Strategiepapier vor. Der Zeithorizont von 6 Jahren bedinge eine visionäre Sichtweise. Die Entwicklung Allschwils werde mit dem Strategiepapier in bestimmte Bahnen gelenkt, die entsprechenden Weichen könnten so gestellt werden. Es gehe vor allem darum, eine mittelfristige Planung aufzustellen, womit jedoch nicht alles aus der Planung auch unbedingt umgesetzt werden müsse. Die einzelnen Planungsgedanken könnten dann jedoch in Jahresziele umgewandelt werden und so nach und nach einer Realisierung zugeführt werden. Er hoffe sehr, dass dieses Strategiepapier nicht zu einem Papiertiger werde. Allschwil soll sowohl für Wohnen, Freizeit und Arbeit attraktiv bleiben. Allschwil sei nicht nur der Dorfkern, es gehe auch um die städtischen Bereiche Allschwils. Ein Problem sei, dass Basel eine grosse Anziehungskraft auf die Jugendlichen, die Zukunft Allschwils, ausübe. Nur mit einer grossen Attraktivitätssteigerung könne man die zunehmende Abwanderung verhindern. Allschwil habe ein sehr grosses Naherholungsgebiet sowie grosse Grünflächen. Der Naturschutz finde grosse Berücksichtigung. Die strategische Entwicklung Allschwils hänge aber eng mit der finanziellen Entwicklung zusammen. Man müsse hierbei aber zwischen Finanzplan und Finanzstrategie unterscheiden. Die Finanzstrategie sei längerfristig und dauerhaft. Diese müsse eingehalten werden.

Es gehe bei der strategischen Entwicklung um die Sicherstellung einer nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft in Allschwil. Der Gemeinderat sei der Ansicht, dass die Ideen von Impuls 21 weitgehend umgesetzt würden. Die Nachhaltigkeit sei ein wichtiges und viel beachtetes Thema bei jeder Planung.

Die Finanz- und Entwicklungsstrategie müsse aufeinander abgestimmt werden. Am Anfang müsse aber immer die Idee stehen und im nächsten Schritt müsse eine solche Idee auf ihre Finanzierbarkeit geprüft werden. Schlagworte seien im Strategiepapier "Leitideen", "Ziele" und "Massnahmen".

Im Zusammenhang mit dem Strategiepapier müsse vor allem die Finanzstrategie gesehen werden, nicht die Finanzplanung. Die Einzelheiten dazu seien bereits mit dem Budget und der Finanzplanung diskutiert worden.

Der Effekt der Finanzstrategie wirke sich dann allerdings auf den Finanzplan aus. Die Zuwachsrate der Einnahmen bis ins Jahr 2010 schätze der Gemeinderat auf 10,2%. Darin liege der erhoffte Spareffekt von 4,2% zur Äufnung von Eigenkapital. Positive Rechnungsabschlüsse seien also notwendig. Ab 2006 könne mit positiven Rechnungsabschlüssen gerechnet werden. Die ehrgeizigen Ziele bis ins Jahr 2010 dokumentierten eine lebendige Finanzpolitik in Allschwil. Es sei schwierig die Investitionskurve zu verflachen, es gehe um wichtige und grosse Investitionen in den nächsten Jahren. Hier müsste auf die privaten Investoren Rücksicht genommen werden. Das Quartier "Ziegelei", das Begegnungszentrum, das Feuerwehrmagazin, der Hochwasserschutz, die Renaturierung des Mühlibachtälis sowie die Sportanlage "Im Brüel" seien wichtige und notwendige Investitionen. Hinzu komme noch die Sanierung des Schulhauses Bettenacker.

Die Entwicklungsstrategie enthalte Leitideen, Zielsetzungen und Massnahmen. Der Gemeinderat setze die Erarbeitung der Zielsetzungen zur Erreichung der Leitideen in so genannten Projekten um. Die Projektgruppen seien das Instrument zur Umsetzung. Projekte seien immer sehr komplexe und departementsübergreifende Aufgaben.

Die Finanzstrategie des Gemeinderates habe die Hauptinstrumente einer "Schuldenbremse", so wie sie aus dem Referat von Herrn Frischknecht hervorgegangen seien, bereits berücksichtigt. Allerdings seien diese in Allschwil nicht gesetzlich verankert.

Die Schwerpunkte der Gesamtentwicklung seien die Schaffung von nachhaltigen Rahmenbedingungen. Es gehe vor allem um Fragen der Verkehrsberuhigung und -sicherheit. Die Verkehrsbelastung im Dorfkern sei enorm, hier habe man schon vor vielen Jahren eine entsprechende Korrektur verpasst. Die Hochleistungsanschlüsse RN105 und Nordtangente werden im Bachgrabengebiet anstossen und im Bereich Hegenheimermattweg /Grabenring /Baslerstrasse zu massivem Verkehrsaufkommen führen. Daher habe man auch die Südumfahrung ins Strategiepapier aufgenommen. Auch der öV sei ein Thema. Weiter gehe es

um ansprechende Freizeitangebote, Naherholungsgebiete sollen aufgewertet und die öffentliche Sicherheit weiter optimiert werden.

Zur Erarbeitung von Ideen und Zielen sei der Gemeinderat für jeden Input offen. Für ihn stelle die Entwicklung Allschwils eine gemeinsame Aufgabe dar. Weiter möchte der Gemeinderat bedürfnisorientiert arbeiten. Wichtig sei auch eine offene und transparente Kommunikation.

EINTRETENSDEBATTE

Alice Märky-Schällibaum, FDP-Fraktion, hält das Strategiepapier für glänzend. Ihre Fraktion sei überzeugt, dass der Gemeinderat sorgsam mit den Finanzen umgehe. Die FDP könne das Strategiepapier voll unterstützen. Besonderes Augenmerk werde die FDP auf die Traktanden öV und Strassennetz haben. Die Wohngebiete müssten vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Zum Ziel "Tagesschule" fragt sie, ob der Gemeinderat in dieser Richtung schon aktiv geworden sei.

Beatrice Fuchs, Departementsvorsteherin BEK, bestätigt, dass es bereits ein Konzept innerhalb ihres Departements gebe. Zunächst beinhalte dieses Konzept einen Tageskindergarten. Bisher sei dies aber noch nicht im Einwohnerrat vorgestellt worden, da es an die Einführung der Blockzeiten gekoppelt sei. Ausserdem habe sich der bisherige Investor zurückgezogen, so dass nun zunächst ein neuer gesucht werden müsse. Der Einwohnerrat werde noch dieses Jahr über eine Vorlage zur Einführung von Blockzeiten zu entscheiden haben. Ausserdem müsse auch noch eine Volksabstimmung darüber durchgeführt werden. Ein Tagesschulkonzept auf Primarstufe existiere noch nicht, werde zur Zeit aber relativ gut durch die anderen Einrichtungen aufgefangen, so zum Beispiel durch das Jugend- und Freizeithaus, den Mittagstisch, den Robinsonspielplatz etc.

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion, bemerkt zum Bericht, dass seine Fraktion für Eintreten sei. Allerdings fehle es ihm inhaltlich etwas an Biss und Visionen. Gemäss diesem Bericht sei alles aber auch nichts machbar. Die Überprüfung der erreichten Ziele in fünf Jahren werde ihm wohl schwer fallen.

Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, erklärt ebenfalls Eintreten seiner Fraktion. Er hofft, dass möglichst viel dieser Planung auch umgesetzt werde. Er hält das Papier, entgegen seinem Vorredner, doch für visionär.

Stephan Brügger, CVP-Fraktion, erklärt ebenfalls Eintreten seiner Fraktion. Das Papier sei gelungen. Er erinnert daran, dass man zwischen konkreten Projekten und Visionen unterscheiden müsse. Es brauche aber auch Visionen, die vielleicht nie umgesetzt werden, aber für eine dynamische Entwicklung notwendig seien. Gut sei auch, dass viele Aspekte berücksichtigt worden seien. Er erinnert allerdings daran, dass auch in der Vergangenheit einige grosse Projekte geplant worden seien, welche dann doch nicht realisiert werden konnten. Seine Fraktion nehme das Papier gerne zur Kenntnis.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, zweifelt an der Umsetzbarkeit aller Visionen. Die SD-Fraktion sei jedoch für Eintreten.

DETAILBERATUNG:

Christoph Morat, 2. Vizepräsident, verliest das Strategiepapier kapitelweise.

S. 3, Wohlfühlen in Allschwil
Keine Wortmeldung

S. 4, Finanzstrategie
Keine Wortmeldung

S. 5 Finanzplan

Keine Wortmeldung

S. 11 Leitideen 2005-2010

Bruno Steiger, SD-Fraktion, findet es grundsätzlich lobenswert sich für frei benutzbare Freizeitflächen einzusetzen. Allerdings sei die Anziehungskraft Basels für die Jugendlichen gross. Ob man hier viel erreichen könne sei fraglich.

Weiter sei die projektbezogene Unterstützung kultureller und sportlicher Aktivitäten grundsätzlich zu begrüssen. Allerdings ist er der Meinung, dass weiterhin die Vereine zu Eigenleistungen und Eigeninitiative zu verpflichten seien. Auch im Kunstbereich habe man bisher fragwürdige Sachen finanziert, so zum Beispiel der Storch von Luginbühl am Dorfplatz oder die Kunst am Bau der neuen Gemeindeverwaltung.

Ebenso erinnert er daran, dass auch im Erziehungsbereich letztlich die Eigenverantwortung der Eltern weiterhin zu beachten und zu fördern sei. Er warnt hier vor übertriebener Euphorie.

Im Bereich der öffentlichen Sicherheit begrüsst er, dass Allschwil vier Ortspolizisten habe.

Im Bereich Hochwasserschutz ist er der Meinung, dass man die Bäche zu wenig pflege und säubere, dies würde die Hochwassergefahr erhöhen. Er hält den Staudamm für unnötig.

Die Wirtschaftsförderung sei richtig, aber gewisse Firmen würden nur günstigere Grenzgänger einstellen, die Allschwiler würden gekündigt und müssten letztlich wieder von der Gemeinde unterstützt werden. Hier müsse man kontrolliert und wohlbedacht Wirtschaftsförderung betreiben.

Im Rahmen des öffentlichen Verkehrs hält er dafür, dass man von den Einwohnerinnen und Einwohnern ruhig ein einmaliges Umsteigen für den Weg zum Bahnhof verlangen könne. Der Direktanschluss sei daher nicht unbedingt notwendig.

Letztlich danke er dem Gemeinderat für die gute Arbeit, vermisse aber ein wichtiges Ziel: das Erreichen eines tieferen Steuerfusses.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, nimmt zur Bauzonenordnung Stellung. Er fragt sich, wie ein Schutz der alten Bausubstanz mit einer liberalen Auslegung der Bauzonenordnung bewerkstelligt werden könne. Er glaubt, dass mit der Liberalisierung die schützenswerte Bausubstanz langfristig zerstört werde. Nur die konsequente Einhaltung der Bauzonenordnung garantiere, dass ein Nebeneinander von schützenswerter Bausubstanz und moderner Architektur gewährleistet werde.

Weiter kritisiert er die Ausführungen des Gemeinderates zum Naturschutz. Im Gegensatz zum Bereich Wirtschaft, "pflege" und "erhalte" er lediglich den bisherigen Zustand. Im Bereich Wirtschaft "schaffe" er neue Bedingungen. In den Schwerpunkten spreche der Gemeinderat von einer Steigerung des Wohn- und Lebensumfeldes. Eine intakte Umwelt steigere genau das, deshalb sei ein Engagement für den Naturschutz sehr wichtig.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, vermisst das Thema "Jugend". Für sie ist die Jugend untrennbar mit der Zukunft eines Ortes verbunden. Alles was mit Sport und Freizeit zu tun habe, sei fast ganz aus dem Ortsgebiet verbannt worden, ganz an den Rand des Gemeindegebietes. Schwerwiegend sei, dass die Drogenproblematik nicht im Papier genannt sei. Die Jugendarbeitslosigkeit werde nicht erwähnt. Nachhaltigkeit sei vor allem im Zusammenhang mit der Jugend sinnvoll. Das gleiche gelte eigentlich auch für die älteren Menschen. Sie hoffe immer noch auf ein Jugend- und Alterleitbild.

Felix Keller, CVP-Fraktion, möchte drei Punkte erwähnen. Er stelle das Ziel des zeitgemässen und attraktiven Bauens im Dorf in Frage, verweist aber dabei auf die noch ausstehende Diskussion um das Dorfkernreglement. Weiter ist er der Meinung, dass Allschwil vom öffentlichen Verkehr "diskriminiert" werde. Die Fahrt vom Bahnhof SBB bis zu ihm nach Allschwil habe eine $\frac{3}{4}$ Stunde gedauert! Hier bestehe unbedingt Handlungsbedarf. Zum Individualverkehr bemerkt er, dass mit dem Anschluss an die Nordtangente das Verkehrsaufkommen im Dorf wohl wieder zunehmen werde. Er entdeckt in den Ausführungen des Gemeinderats gewisse Widersprüche und sei gespannt darauf, welche Visionen verwirklicht werden könnten.

S. 13 - 20 Ziele und Massnahmen

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, äussert sich zur Nachhaltigkeit. Er fragt sich, was es mit der Nachhaltigkeit auf sich habe, wenn eine Hochleistungsstrasse quer durch geschützte oder schützenswerte Landschaften geplant sei.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, äussert sich zum Flugverkehr. Die Umsetzung des ILS werde auch den Lindenplatz und Neuallschwil belasten. Hierin könne er, entgegen den Ausführungen des Gemeinderates keine "anwohnergerechte Pistenbewirtschaftung" sehen. Offenbar gehe es mehr um die Verteilung des Lärms als um die Verminderung.

S. 21 Projekte des Gemeinderates

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, fragt, warum nur noch 6 Departemente aufgeführt und Präsidium und Finanzen zusammengezogen worden seien.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, beantwortet die Frage von Christoph Morat damit, dass die Führung der Gemeinde und die Finanzen zusammenhängen. Dies werde mit dem Strategiepapier bewiesen. Selbstverständlich sei die Zusammenarbeit zwischen Präsidium und Finanzen sehr eng, die Struktur in der Gemeinde werde dadurch aber nicht geändert. Weiter nimmt er Stellung zum Flugverkehr. Eine Diskussion über die ILS-Lösung sei heute abend nicht Gegenstand, erst im Rahmen der Vernehmlassung zum ILS. Es gehe auch darum, die Flugsicherheit zu gewährleisten. Der Fluglärm werde eben immer aus einer subjektiven Warte heraus wahrgenommen. Dies beziehe sich auch auf die anderen Visionen, zum Beispiel die Nachhaltigkeit. Eine individualistische Sichtweise sei daher falsch. Visionen würden sich an die Allgemeinheit richten, nicht an Einzelpersonen. Letztlich sei aber zugegebenermassen die Diskussion um den Fluglärm und die Einführung des ILS ein schwieriges Thema.

An die Adresse von Felix Keller erläutert er, dass die möglichen Massnahmen und Ziele in das Papier aufgenommen worden seien, Träume seien von Visionen unterschieden worden. Zur Frage der Bauzonen erläutert er, dass man den Fokus nicht nur auf den Dorfkern richten dürfe, sondern die ganze Gemeinde berücksichtigen müsse. Der Dorfkern sei durch ein eigenes Dorfkernreglement geregelt. Man müsse, bezogen auf die gesamte Stadt, Entwicklungsmöglichkeiten geben, damit in Allschwil in und um die Häuser herum gelebt werden könne.

Zum Votum von Barbara Selinger führt er aus, dass er ihre Vorwürfe so zur Kenntnis nehme, aber diese eigentlich vehement bestreite. Im Strategiepapier nehmen Tagesschulangebote, Kindergartenangebote, Begegnungszentrum, etc. viel Raum ein. Weiter erinnert er daran, dass viele Vereine unterstützt würden, in denen die Jugend tätig sei. Viele Konzepte betreffend Robinson-Spielplatz und Jugendfreizeithaus bestünden. Für die Jugend werde also sehr viel in Allschwil getan. Das Jugendleitbild habe letztlich der Einwohnerrat vor nicht allzu langer Zeit zu Fall gebracht. Ausserdem seien im Strategiepapier nur die Themen angeführt, welche noch nicht erledigt seien. Die Drogenproblematik gehöre nicht dazu. Die Drogenpolitik sei in einem Konzept behandelt, das Jugendfreizeithaus sei nach wie vor sehr aktiv in diesem Bereich tätig. Der Jugendarbeitslosigkeit nehme sich Heinz Kraus mit besonderem Engagement an, obwohl dies eigentlich nicht eine Aufgabe der Gemeinde sei. In Bezug auf die Kritik hinsichtlich der älteren Generation erinnert er daran, dass Allschwil eine der modernsten Spitexbetriebe habe. Das Alterszentrum werde um 49 Betten ausgebaut. Die Altersdienste seien im Spitexzentrum zusammengefasst worden. Es gebe ein Seniorenkaffee. In diesem Bereich sei die Gemeinde sehr aktiv und müsse sich keinen Vorwurf machen. Ausserdem gelte auch hier: Bereits erledigte Ziele würden nicht mehr im neuen Strategiepapier aufgenommen. Ähnliche Antworten müsse auch Lucius Cueni erhalten. Im Abfallbereich werde sehr viel unternommen, im Umweltbereich ebenso. Der Allschwiler Wald sei unter Schutz gestellt worden, für das Ziegelei-Areal sei eine Ausgleichsfläche geschaffen worden, das Mühlbachtäli werde renaturiert. Er bittet hier darum, dass auch die Aktivitäten der Gemeinde gebührend zur Kenntnis genommen werden. Zum Votum von Bruno Steiger führt er aus, dass Kritik immer einfacher sei, als eigene, bessere Vorschläge zu bringen. Auch die Finanzstrategie sei zentral. Dazu habe sich niemand

geäussert, offenbar seien hiermit alle einverstanden. Das sei das wichtige Instrument für die nächsten Jahre.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, stellt fest, dass Präsidium und Finanzen in der Tat sehr eng zusammengedrückt seien. Viele Verantwortungen erscheinen ihm als "outgesourct". Waldgebiete lägen in der Verantwortung der Bürgergemeinde, Jugendarbeit werde durch die vielen Vereine übernommen, die Altenfürsorge durch die Spitex. Aber in den Leitideen stünden keine konkreten Visionen für die Begleitung von Vereinen oder der älteren Generation. Er fragt, ob hier das entsprechende Bewusstsein bestehe. Der Gemeinderat solle nicht nur an die Delegation der Aufgaben denken, sondern daran, was er ganz konkret selber zu tun habe.

://:

Der Bericht des Gemeinderates betreffend Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2005-2010 wird mit grossem Mehr zur Kenntnis genommen.

56 01.040 Gemeinderat

Infofenster

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, erläutert zur Interpellation von Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, zur Wasserqualität im Mühlebach, dass hier ausnahmsweise und aus Gründen der Tagesaktualität eine schriftliche Beantwortung abgegeben worden sei.

Zur Situation der Migros im Dorf: Hier suche man eine attraktive Alternative. Aber eine Fläche von 600 bis 800 m² sei sehr schwer zu finden.

Zur Fluglärmproblematik: Der Gemeinderat möchte nach wie vor den Lärm an der Quelle bekämpfen. Zur ganzen Thematik werde man sich weiterhin mit RR Adrian Ballmer auseinandersetzen.

57 01.032.006 WIKO (Wirkungsprüfungskommission)

3. Bericht des Gemeinderates und der Wirkungsprüfungskommission vom 19.11.2004 betreffend Neuzuteilung der Aufgaben der bisherigen Wirkungsprüfungskommission (Postulat 3452 v. 19.11.2003) Geschäft 3452 A

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, erläutert, dass der vorliegende Bericht eine ausserordentlich erfreuliche Art der Zusammenarbeit zwischen Parlament und Exekutive darstelle. Am 11.11.1998 habe man die ALLWO-Vereinbarung in Kraft gesetzt. Seither sei die WOV (Wirtschaftsorientierte Verwaltung) eingeführt worden. Damit sei dieses Geschäft abgeschlossen und die Vereinbarung erfüllt. Die eingeführten Instrumente seien hervorragend und wirksam. Nun könne die Vereinbarung aufgelöst werden. Gleichzeitig müssten auch die Arbeiten der gesetzlich vorgeschriebenen Kommissionen, FiReKo und GPK, neu definiert werden. Dies gehe einher mit der Ablösung der WIKO. Man habe hierfür eine Kommission aus Vertretern der beiden Kommissionen, der Verwaltung und des Gemeinderates eingesetzt. Das Resultat liege nun vor. Das Postulat der WIKO sei dem Gemeinderat ausserordentlich gelegen gekommen. Damit könne man das Projekt "ALLWO" erfolgreich abschliessen. Die WIKO habe in sehr verdankenswerter Weise alle Leistungsaufträge der Verwaltung überprüft. Damit habe man der WIKO sehr viel zu verdanken. Es bestünde damit eine klare Auslegeordnung für die kommenden Jahre und die WIKO könne damit aufgelöst werden. Die GPK und die FiReKo könnten damit wieder ihre getrennten Wege gehen. Die Arbeitsbelastung der beiden Kommissionen soll nach Möglichkeit reduziert werden. Die FiReKo soll wieder ihre Kernaufgabe

übernehmen, die Prüfung der Kostenrechnung. Gleichzeitig obliegt der FiReKo die Kontrolle der Finanzrechnung. Die GPK als politisches Kontrollorgan soll die Leistungsaufträge überprüfen. In welcher Intensität die beiden Kontrollorgane ihre Aufgaben wahrnehmen, entscheide der jeweilige Präsident oder die Präsidentin. Diese Kontrolle könne stichprobenweise erfolgen. Neben der Überprüfung der Leistungsaufträge und -berichte obliege der GPK weiterhin die Überprüfung einzelner Sachgeschäfte. Das Berichtswesen soll ebenfalls neu ausgerichtet werden. Im Geschäftsbericht soll es vermehrt um die strategische Ausrichtung gehen, damit gebe es keine Überschneidungen mehr mit den Leistungsberichten. In diesem gehe es vor allem um die Kosten-Nutzen-Frage. Neu müsse auch das Wahlbüro einen Leistungsbericht abliefern. Der Einwohnerrat werde damit eine optimale Grundlage bekommen, die Arbeit des Gemeinderates zu beurteilen. Am Leistungspostulat als wesentliches Lenkungsinstrument des Einwohnerrates und das Budgetpostulat werde beibehalten. Das Endprodukt von ALLWO könnte das Globalbudget sein. Aber dies stehe im Moment aus verschiedenen Gründen nicht zur Diskussion.

Die Steuerungsinstrumente müssten diszipliniert angewendet werden, dazu gehöre auch das Berichtswesen. Daher sei mit zwei Sitzungen im Juni zu rechnen. Die Beratungen müssten ausführlich und intensiv geführt werden. Der Rechnungsabschluss im Juni sei sehr wichtig, da er als Basis für das Budget diene. Ebenso der Finanzplan. Dieser gehöre zum Rechnungsabschluss. Die Geschäftsberichte und Leistungsberichte sind ebenso für die Budgetierung wichtig. Die Eingabe der Leistungspostulate bis zum 15. Juli seien das Ergebnis aus den Beratungen. Die Postulate würden im September beraten und könnten dann direkt im Budget verarbeitet werden. Die Novembersitzung bleibe, wie bisher, den Budgetpostulaten vorbehalten.

Letztlich würden diese Instrumente und die Zusammenarbeit von Parlament und Gemeinderat zum Wohle der Gemeinde Allschwil und zu einem gesunden Finanzhaushalt führen.

Verena Meschberger, Präsidentin WIKO, bestätigt, dass die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat sehr effizient gewesen sei. Effizienz sei auch in Zukunft sehr wichtig. Die Zusammenarbeit sei sehr gut gewesen. Dem Einwohnerrat stünden mit der Annahme der Anträge damit drei Wege offen, politischen Einfluss auf die Verwaltungstätigkeit der Gemeinde zu nehmen. Dazu gehöre auch, die Leistungen auf Notwendigkeit und Kosten zu überprüfen. Die GPK könne sehr detailliert Verbesserungsvorschläge anbringen oder Doppelspurigkeiten eliminieren. Die FiReKo könne mit der Überprüfung auf der Produktebene die Kosten und Leistungen eines Produktes zur politischen Diskussion stellen. Damit sei gewährleistet, dass die Aufgaben der WIKO weiterhin erfüllt würden. Es ergebe eine sinn- und wirkungsvolle Verteilung der Arbeiten auf die beiden Kommissionen. Sie nimmt an, dass eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen GPK und FiReKo auch weiterhin möglich sein werde. Mit den geplanten Reglementsänderungen werde die Arbeit im Einwohnerrat sehr anspruchsvoll. Die Direktberatung der Reglementsberatungen im Einwohnerrat mache Sinn, da mehr als die Hälfte der Ratsmitglieder jetzt oder früher in der WIKO tätig gewesen seien. Auch dies sei ein Zeichen der Effizienz. Sie bitte daher um Eintreten und Annahme der Anträge.

EINTRETEN:

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, erklärt namens ihrer Fraktion EINTRETEN. Die bisherige Berichterstattung verstehe sie als "Fenster zwischen den Einwohnerinnen und Einwohnern und der Gemeinde". Sie frage sich daher, ob ein schlankerer Bericht, wie angekündigt, nicht auch einen Informationsverlust nach sich ziehe.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, erklärt Eintreten ihrer Fraktion. Sie begrüsst die Aufteilung der Arbeiten der bisherigen WIKO an die Kommissionen GPK und FiReKo.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, erklärt ebenfalls Eintreten. Seine Fraktion werde den Anträgen folgen, da hier eine gute Lösung vorgelegt worden sei.

Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, hält die Umverteilung für sehr sinnvoll und erklärt ebenfalls Eintreten.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, kann ebenfalls den Anträgen zustimmen. Auch die SD-Fraktion sei für Eintreten.

Dr. Ivo Corvini, Präsident, schlägt vor, dass keine Detailberatung geführt werde.

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, fragt nach, warum im Reglementstext § 44 der 30. Juni stehe, aber in den Beratungen vom 15. Juli die Rede gewesen sei.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, verweist auf den Beschlusstext, dort sei bereits der 15. Juli aufgeführt. Diese Änderung sei aus terminlichen Gründen notwendig gewesen. Zum befürchteten Informationsverlust merkt er noch an, dass auch der detaillierte Leistungsbericht der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht werde. Es werde einfach zwischen der politischen und der technischen Aussage getrennt.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, will das Reglement in zwei Lesungen abhandeln. Er ist dafür, dass formell darüber abgestimmt werde, ob das Reglement in einer Lesung behandelt werden soll. Weiter vermisst er das Verwaltungs- und Organisationsreglement. Dieses solle doch auch geändert werden. Aber dieses liege ihm im Entwurf nicht vor. Auch eine redaktionelle Änderung müsse vorgelegt werden. Er persönlich findet es schade, dass Geschäftsbericht und Leistungsberichte nicht mehr verknüpft seien. Der interessierte Bürger müsse sich nun durch diverse Berichte lesen. Er beantragt, dass das Verwaltungs- und Organisationsreglement separat vorzulegen sei und dass darüber abzustimmen sei, ob die Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates in einer Lesung abgeschlossen werden könne.

Dr. Ivo Corvini, Präsident, erläutert, dass das Geschäftsreglement des Einwohnerrates das einzige ist, welches nicht dem Referendum unterstehe, ausschliesslich die Arbeit des Einwohnerrates betreffe und daher nicht mit anderen Reglementen zu vergleichen sei. Es sei ordentlich beantragt worden, dass das Reglement in einer Lesung behandelt werde.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, führt zur Kritik von Hanspeter Frey aus, dass man extra das Verwaltungs- und Organisationsreglement (VOR) nicht zum Antrag gestellt habe, da dieses Reglement eben referendumpflichtig sei. Das VOR werde in einer eigenen Vorlage vor den Einwohnerrat gebracht.

://:

Der Antrag von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, das Geschäftsreglement in zwei Lesungen zu behandeln, wird mit grossem Mehr abgelehnt.

DETAILBERATUNG:

Dr. Ivo Corvini, Präsident, verliest die einzelnen Paragraphen.

§ 44 Leistungspostulate

Verena Meschberger, Präsidentin WIKO, hält der guten Ordnung halber fest, dass hier die Änderung in Absatz 3bis ebenfalls 15. Juli heissen muss.

Keine weiteren Wortmeldungen

://:

Es wird mit grossem Mehr beschlossen:

1. Die Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates vom 12. April 2000 im Sinne der vorstehenden Ausführungen und gemäss Beschlusstext sowie der Anhang III zum Geschäftsreglement werden beschlossen.
2. Die Teilrevision gemäss Antrag, Ziffer 1, tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.
3. Der Neuregelung des Berichtswesens gemäss Ziffern 7.1 und 7.2 hiervor wird zugestimmt.
Dieser Beschluss gilt materiell für die anstehende Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements vom 21. Oktober 1998 als verbindlich.
4. Die Allwo-Vereinbarung vom 11. November 1998 wird ersatzlos aufgehoben.
5. Das Postulat Nr. 3452 der Wirkungsprüfungskommission betr. Neuzuteilung der Aufgaben der bisherigen Wirkungsprüfungskommission wird als erledigt abgeschrieben.
6. Die Wirkungsprüfungskommission wird unter Verdankung ihrer Tätigkeit mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

Dr. Ivo Corvini, Ratspräsident, verabschiedet die Einwohnerratsmitglieder.